

Österreichisches Studienzentrum
für Frieden und Konfliktlösung (Hg.)
Projektleitung: Thomas Koellner

DIALOG

Beiträge zur
Friedensforschung

Band 56

LIT

Österreichisches Studienzentrum
für Frieden und Konfliktlösung (Hg.)

Projektleitung: Thomas Roithner

Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd?

Auswege aus der Armutsspirale
oder westliche Kriegsstrategien?

LIT

Umschlagbild: Matthäus Zinner, Wien

Lektorat/Register/Satz: draft fachlektorat frieden, Wilhelm Nolte, Hamburg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7000-0899-6 (Österreich)

ISBN 978-3-8258-1762-6 (Deutschland)

© **LIT VERLAG** GmbH & Co. KG Wien 2009

Krotenthallergasse 10/8
A-1080 Wien
Tel. +43 (0) 1 / 409 56 61
Fax +43 (0) 1 / 409 56 97
e-Mail: wien@lit-verlag.at
<http://www.lit-verlag.at>

LIT VERLAG Dr. W. Hopf

Berlin 2009
Verlagskontakt:
Fresnostr. 2
D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51/620 32 - 22
Fax +49 (0) 2 51/922 60 99
e-Mail: lit@lit-verlag.de
<http://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Deutschland/Schweiz: **LIT Verlag** Fresnostr. 2, D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51/620 32 - 22, Fax +49 (0) 2 51/922 60 99, e-Mail: vertrieb@lit-verlag.de
Österreich: Medienlogistik Pichler-ÖBZ GmbH & Co KG
IZ-NÖ, Süd, Straße 1, Objekt 34, A-2355 Wiener Neudorf
Tel. +43 (0) 2236/63 535-290, +43 (0) 2236/63 535 - 243, mlo@medien-logistik.at

Inhalt

THOMAS ROITHNER

Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Vorwort 9

GERALD MADER

Zur Eröffnung der 25. Internationalen Sommerakademie 2008 19

DIETER SENGHAAS

Wege aus der Armut.

Entwicklungsgeschichtliche und aktuelle Lehren 25

Teil I:

Armut Macht Krieg.

Globale Armutsbekämpfung in des Kaisers neuen Kleidern 47

PETER LOCK

Parameter von Kriegen im 21. Jahrhundert oder
die Unübersichtlichkeit sozialer Ordnungen unter Bedingungen
von Schattenglobalisierung und neoliberalen Chaos 49

ANDREAS ZUMACH

Armut schafft Kriege – nicht immer, aber fast überall.

Zum Zusammenhang von Mangel und (bewaffneten) Konflikten 62

ELMAR ALTVATER

Die Kriege der Armen mit den Waffen der Reichen.

Regionale Konflikte und ihre globalen Ursachen 67

Teil II:

Armut und reiche Kriegskasse.

Das Armutszeugnis der globalen Ökonomie 89

UELI MÄDER

Globale soziale Ungleichheit versus Verteilungsgerechtigkeit.
Zur Interdependenz von Armut und Krieg 91

CLAUDIA HAYDT	
Globalisierung, Armut und Konfliktodynamik	104
WERNER RUF	
Armut – Reichtum – Krieg: Europa in einer globalisierten Welt	119
PETER STRUTYNSKI	
Die NATO – illegitimes Kind des Zweiten Weltkriegs	134
Teil III:	
Gescheiterte oder zum Scheitern gebrachte Staaten?	
Ansätze, Irrwege und Auswege von Staatlichkeit	147
CLAUDIA DERICHS	
Nation-Building als Strategie der Konfliktbearbeitung	149
RAINER TETZLAFF	
Failing States in Afrika: Gewalträume und Friedensräume.	
Interne und externe Ursachen des Staatsversagens in Afrika	165
Teil IV:	
Die EU im Dienste der Armutsbekämpfung: Zwischen größter	
Entwicklungshelferin und Rüstungsexportweltmeisterin	177
CAROLA BIELFELDT	
Warum Entwicklungspolitik? Die Rolle der EU-Entwicklungshilfe	
und ihre Rüstungsexporte	179
FRANZ KÜBERL	
Die EU in der Pflicht: Wege aus der globalen Armutsfalle	197
ASTRID WEIN, AGNES OTZELBERGER	
Die „Versicherheitlichung“ der Europäischen Entwicklungspolitik:	
Risiken und Nebenwirkungen	204
GUNTHER HAUSER	
Entwicklungshilfe und Rüstungsexport –	
ein europäischer Widerspruch?	216

THOMAS ROITHNER

Von der militärischen Sicherheit zur Militarisierung der menschlichen
Sicherheit? Der Sicherheits- und Friedensbegriff im Zeitalter der
Globalisierung unter besonderer Berücksichtigung der EU 234

Teil V:

Unbekömmliche Gerichte vom globalen Konfliktherd?
Beispiele vom Horn von Afrika und dem Mittleren
und Nahen Osten 253

VOLKER MATTHIES

Das Horn von Afrika: Gewaltkonflikte, Anti-Terror-Krieg
und Friedensperspektiven in einer chronischen Krisenregion 255

MOHSSEN MASSARRAT

Der Teufelskreis von Krieg, Armut, Unterentwicklung
und Diktatur am Beispiel des Mittleren und Nahen Osten 269

Teil VI:

Wege aus Armut und Krieg.
Was kann die Zivilgesellschaft und die Staatenwelt tun? 285

ULRICH BRAND

Herrschaft und Befreiung. Global Governance und
emanzipatorisches Handeln im sich globalisierenden Kapitalismus 287

FRANZ NUSCHELER

Rhetorik und Praxis von Global Governance 303

HILDEGARD GOSS-MAYR, PETE HÄMMERLE

Krieg und Armut gewaltfrei überwinden.
Das Beispiel Lumbumbashi, Demokratische Republik Kongo 320

MARTINA SCHLOFFER

Neue Akteure in der humanitären Hilfe.
Ein Schreckgespenst geht um 333

Anhang

Autorinnen und Autoren	351
Über den Herausgeber	354
Stichwortverzeichnis	356
Dialog – Beiträge zur Friedensforschung	361
SAFRAN – Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung,	
Rüstungskontrolle und Nachhaltige Entwicklung	363

GLOBALE SOZIALE UNGLEICHHEIT VERSUS VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT. ZUR INTERDEPENDENZ VON ARMUT UND KRIEG

UELI MÄDER

Soziale Ungleichheit befindet sich im Widerstreit mit der Verteilungsgerechtigkeit. Sie verschärft soziale Spannungen und Konflikte. Dabei interessiert, ob Armut zu Krieg führt und Krieg zu Armut?

Ich gehe in meinem Beitrag von der sozialen Ungleichheit und von dem aus, was Verteilungsgerechtigkeit beinhalten könnte. Im Vordergrund steht die Frage nach Zusammenhängen zwischen Armut und Krieg. Ich verknüpfe sie mit entwicklungspolitischen Perspektiven, die einen sozialen Ausgleich anstreben und darauf abzielen, die Gefahr kriegserischer Auseinandersetzungen zu mindern. Die Perspektiven basieren auf der Annahme, dass Entwicklungspolitik originäre Friedenspolitik ist. Am Schluss meines Beitrages kommentiere ich aktuelle Diskurse über die Konfliktforschung und die Bedeutung sozialer Ungleichheit. Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Gesellschaften dauerhaft in unterschiedlichem Ausmaß über begehrte Güter verfügen – über Ansehen, Wohlstand und Macht.

Globale soziale Ungleichheit

Zwanzig Prozent der reichsten Länder verfügen über achtzig Prozent des Welt-Brutto-Sozialprodukts. Sie verbrauchen zugleich achtzig Prozent der Ressourcen. „Die Weltwirtschaft wächst – die weltweite Armut ebenfalls“, titelte die Basler Zeitung (31.5.2000). Und wenige Jahre später: „Schwere Rückschläge im Kampf gegen den Hunger“ (15.10.2004). Das ökonomische Wachstum allein bedingt offenbar keinen Rückgang der Armut. Nach anfänglichen Erfolgen der Vereinten Nationen nimmt die Zahl der Unterernährten wieder zu. 842 Millionen Menschen leiden an Unterernährung, obwohl genügend Nahrungsmittel vorhanden sind und die Nahrungsmittelproduktion über Jahrzehnte stärker zunahm als die Bevölkerung. Die Annahme von Malthus, die Nahrung wachse arithmetisch und die Bevölkerung geometrisch, trifft nicht zu. Die Engpässe der Versorgung fordern derzeit mehr Todesopfer als alle Kriege und Terroranschläge zusammen.

Mit einer gerechten Verteilung des Wohlstandes hapert es, wobei sich die soziale Ungleichheit auch in „feinen Unterschieden“ (Bourdieu) dokumentiert.

Klaus Endress ist ein reicher Unternehmer aus Reinach (Schweiz). Während dem Tsunami verbrachte er seine Ferien an einem schönen Strand in Sri Lanka. Die Basler Zeitung (6.1.2005) beschreibt als Wunder, wie Endress den Sturm und die Wasserflut überlebte. Das kleine Hotel nebenan wurde einfach weggeschwemmt. Die Gäste ertranken. Endress kam heil davon. „Sein Schutzengel war bei ihm.“ Im Hotel mit fünf Sternen. Das feste Mauerwerk und drei Sterne in der Klassierung machten während dem Tsunami den „feinen Unterschied“ aus. Die solide Bauweise und die erhöhte Lage waren entscheidend. Sie sollen das Hotel auch gegen künftige Bedrohungen besser schützen. Und das dürfte bitter nötig sein.

Die Klimaerwärmung lässt laut dem Weltbericht der Vereinten Nationen (2008) den Wasserspiegel bis zum Jahr 2030 um einen Meter ansteigen. Sie treibt so 300 Millionen weitere Menschen zur Migration und relativiert somit auch die zversichtliche These des Soziologen Ulrich Beck. Er nimmt in seinem Buch über die „Risikogesellschaft“ (1986) an, dass die Menschen im Übergang zur reflexiven Moderne in der Lage sind, künftige Entwicklungen zu antizipieren und entsprechende Korrekturen einzuleiten. Wer die Umwelt schädigt, realisiere, dass die Folgen seines Handelns auf ihn zurückfallen. Die Täter werden zu Opfern. Der Smog hält sich an keine nationalstaatlichen Grenzen. Das Bewusstsein, dass es fünf vor zwölf Uhr ist, verändert die Welt. Soweit die optimistische Variante. Marianne Gronemeyer vertritt eine andere Auffassung. Sie weist in ihrer Studie zur „Motivation politischen Handelns“ (1976) darauf hin, wie Bedrohungen oft zu irrationalen Handlungen und zu einer gefährlichen Flucht nach vorn führen. Wer das Wasser am Hals hat oder mit dem Rücken zur Wand steht, flüchtet nach vorn oder verkriecht sich ins Schneckenhaus. Er versucht allenfalls, die eigene Haut zu retten, ist aber kaum in der Lage, sich für übergreifende Interessen einzusetzen.

Verteilungsgerechtigkeit

Verteilungsgerechtigkeit verlangt, dass alle Menschen ihre existenziellen Bedürfnisse befriedigen können. Die Gerechtigkeit umfasst mehr als Recht, Toleranz und Fairness. Ich gehe hier pragmatisch von diesem einfachen Vorverständnis aus und verzichte auf eine theoretische Debatte über den Begriff. Was Verteilungsgerechtigkeit bedeuten könnte, veranschaulichte die Zeit (Nr. 38/1998) anhand einer Schätzung der Vereinten Nationen. Die westlichen Industrieländer geben pro anno etwa 155 Mrd. Dollar für Alko-

hol und Zigaretten aus. Ein Viertel dieses Betrages würde genügen, um die Grundbedürfnisse in so genannten Entwicklungsländern wesentlich besser zu befriedigen, wobei der beschränkte Konsumverzicht bei uns keine Einbuße der Lebensqualität zur Folge hätte und sich sogar positiv auf die Gesundheit auswirken könnte.

Manuela Pfrunder ist Absolventin der Luzerner Hochschule für Gestaltung. Ihre Abschlussarbeit heißt „Neotopia“ (Zürich 2002). Sie umfasst einen „Atlas zur gerechten Verteilung der Welt“. „Als Kind sind wir dem Entscheid des Schicksals, wo und auf welcher Seite wir die Welt erfahren werden, hilflos ausgeliefert, und genau da hat die Frage nach der Gerechtigkeit vielleicht ihren Ursprung“, schreibt Pfrunder (2002, S. 3). Wie aber sähe die Welt aus, wenn wir gerechter handelten. Allen Menschen stünden 8,5 Kilogramm Fleisch pro Jahr und Person zur Verfügung. In den USA liegt der durchschnittliche Konsum derzeit bei 110 Kilogramm. In Indien beträgt er ein Kilogramm. Alle Erwerbsfähigen müssten auch damit rechnen, während 15 Jahren arbeitslos zu sein und kein Einkommen zu erhalten. Und während 96 Tagen würden sie ihre Lohnarbeit legal in einem anderen Land verrichten. Alle zehn Jahre könnten wir alle eine Woche mit 92 US-Dollar in die Ferien reisen. Jedes Jahr hätten wir sogar Anrecht darauf, 3,4 Kilometer im Flugzeug zurückzulegen. Soweit ein paar Beispiele aus diesem anschaulichen Buch. Am Schluss schreibt Manuela Pfrunder (2002, S. 55): „Es ist alles verteilt, das Vorgefundene und das Geschaffene, und wir sehen jetzt, was wir besitzen: wenig an Schuhen, viel Hunger, kaum Kaffee und ab und zu Seife. ‚Neotopia‘ ist beendet, und damit sind wir am Anfang angelangt. Denn jetzt, nach den Dingen, käme die Verteilung dessen, was nicht mehr fassbar ist: Schönheit, Begabung ...“ Und vielleicht hätten wir dann eine friedliche Welt?

Armut und Krieg

Kriege sind leider aktuell und beständig. Aktuell, weil sie weltweit unzählige Menschen bedrohen; beständig, weil sich die Geschichte auch als eine Abfolge von Kriegen lesen lässt. Kriege haben viele Facetten, nationalistische, ideologische, politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, kulturelle, ökologische. Kriege haben auch etwas mit der Knappheit und der Privatisierung wichtiger Ressourcen zu tun – mit dem Kampf um Öl und dem Kampf um Wasser. Zu den Ursachen von Kriegen gehört unter anderem die heroisierte Männlichkeit, zu den Folgen von Kriegen die Migration. Kriege lassen sich auf kein rein politisches Kalkül reduzieren. Sie sind ein „totales soziales Phänomen“ (Marcel Mauss).

Von der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS) aus haben wir im September 2007 an der Universität Basel einen internationalen Jahreskongress organisiert. Das Thema lautete schlicht: Krieg (Maeder et al. 2008). Vierhundert Gäste kamen zu den hundert Vorträgen über Konflikt-herde und Kriegsursachen am Anfang des 21. Jahrhunderts. Dabei interessierte, ob sich bei neuen Kriegen (Bürger- und Umweltkriege, Staatszerfall, Terror) vergleichbare Erklärungsmuster feststellen lassen. Dies auch im Kontext globaler sozialer Ungleichheiten, die ich im Folgenden mit der sozialwissenschaftlichen Tradition der Kriegsforschung verknüpfe.

„Wenn Du Frieden willst, so rüste zum Krieg.“ Der St. Galler Soziologe Christoph Maeder erinnerte bei der Eröffnung des Kongresses an diesen bekannten Ausspruch, der sich während des Kalten Krieges zu bewahrheiten schien. Aufrüstung und Drohgebärden kennzeichneten das Verhalten der zivilisierten Blöcke. Kriege hinterließen aber auch in dieser Zeit viel Verheerung, Elend und Tod. Die blutige Spur führte von Vietnam und den südamerikanischen „low intensity conflicts“ über die Bürgerkriege in Nordirland und im Baskenland bis zu den militärisch geführten Auseinandersetzungen im Nahen Osten. Ethnisch begründete Vertreibungen und Hegemonieansprüche im Balkan reaktivierten den Krieg auch in Europa. Die traurigen Ereignisse trübten die Gewissheit von einer friedlichen Welt. Und mit dem weltweiten Terrorismus kam ein neuer Feind auf. Er ersetzte der medial omnipräsenten Militärmaschinerie die ideologischen Gegensätze des Kalten Krieges.

Der Züricher Soziologe Kurt Imhof bezeichnete (bei dem erwähnten Kongress) den Krieg als Vater der Sozialwissenschaften. Thomas Hobbes fragte bereits, was eine friedliche soziale Ordnung angesichts egoistisch handelnder Naturrechtssubjekte religiös erweckter Glaubenskämpfer möglich macht. Diese Grundfragen der Sozialwissenschaften beschäftigten ihn aufgrund der Grausamkeiten religiöser Bürgerkriege. Die Kriegstreibenden wollten das Beste und brachten das Schlimmste hervor. Der Mensch erwies sich als Wolf. Hobbes erklärte Herrschaft im „Leviathan“ und legitimierte so den Absolutismus. Die religiösen Überzeugungen verwies er auf das private Gewissen. Seine Auffassungen sind auch heute aktuell. Der Kampf um Werte hat wieder Auftrieb erhalten. Der Bürgerkrieg ist zurückgekehrt, obwohl man ihn schon für Geschichte hielt. Und mit dem Bürgerkrieg zieht auch der Leviathan in die Moderne: Die friedenserzwingenden Interventionen von westlichen Zentrumsländern dokumentieren und reproduzieren ihn. Sie bekämpfen die so genannte Achse des Bösen und befördern den Krieg in Somalia, Afghanistan, im Irak und im Nahen Osten. Der Krieg gegen den Terrorismus ist weltweit präsent. Er bestimmt die Sicherheitspolitik der Nationalstaaten und unterläuft wichtige Grundlagen der Moderne. Glaubensfragen und Sinnentwürfe gelten als Privatangelegenheiten. Sie

sind aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Krieg beginnt nach dieser Überzeugung, wenn gemeinschaftlich verbundene Individuen die Gesellschaft in ihrem Sinne umgestalten wollen. Das führt zu ethnischer Säuberung, zu Vertreibung und auch zum Genozid. Der Mechanismus ist am Anfang des 21. Jahrhunderts offenbar so modern wie zu Beginn des 17. Jahrhunderts.

„Es besteht das Risiko, dass Afrika austrocknet“, titelte die Basler Zeitung am 13.6.2006 und wies auf Gefahren hin, die der Brundtland-Report bereits 1987 betonte und der Rio-Bericht 1992, der auch viele Forderungen der Stockholmer Konferenz (1974) aufnahm. Eine weitere Überschrift in derselben Ausgabe der Basler Zeitung lautete: „Rüstungsausgaben so hoch wie nie zuvor“. Im Jahr 2005 betrugen sie 1.118 Mrd. Dollar. Das sind 2,5 % der Weltproduktion oder 210 Franken pro Kopf der Weltbevölkerung. Der von den USA angeführte „Krieg gegen Terror“ und die militärische Präsenz in Irak und Afghanistan haben die Rüstungsausgaben auf Höchstwerte getrieben. Nach dem Aufbrechen der Berliner Mauer (1989) und der Entschärfung des West-Ost-Konfliktes sanken die Rüstungsausgaben und erlangten 1998 ihr tiefstes Niveau. Seither stiegen sie um 34 % an. Vier Fünftel des Zuwachses gehen auf die Ankurbelung der Kriegswirtschaft in den USA zurück.

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) setzte sich in seinem Bericht „Perspektive 2015“ mit der „Armutsbekämpfung und Krisenintervention“ (Bonn 2003) sowie mit dem Zusammenhang zwischen Armut und Krieg auseinander. Was daraus hervor geht: Armut führt zu kriegerischen Auseinandersetzungen und kriegerische Auseinandersetzungen führen zu Armut. Dies allerdings weder simpel kausal noch singulär, wiewohl sich beispielsweise Bürgerkriege ziemlich direkt und zerstörerisch auf Entwicklungsprozesse auswirken. Acht der zehn Länder mit dem niedrigsten Human Development Index und ebenfalls acht der zehn Länder mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen waren in den letzten zwanzig Jahren von Bürgerkriegen größeren Ausmaßes betroffen. Im Jahr 2002 fanden 18 der insgesamt 29 identifizierten Kriege sowie 17 der 18 bewaffneten Konflikte in Ländern statt, die ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 755 US-Dollar aufweisen. Allerdings sind auch ressourcenreiche Gebiete in ähnlichem Ausmaß von (Bürger-)Kriegen betroffen. Die Abhängigkeit eines Landes von Rohstoffexporten gilt jedenfalls als zentraler Risikofaktor. Kriege werden oft ideologisch legitimiert, haben aber viel mit politischer Ökonomie und Rohstoffen wie Diamanten, Edelmetallen, Edelhölzern oder Erdöl zu tun. Das zeigen Erfahrungen in Sierra Leone, Nigeria, Angola, Liberia und im Kongo. Es gibt allerdings Staaten wie Botswana, die ähnlich wie Angola, über viele Dia-

mantenvorkommen verfügen, ohne aber deswegen größere Konflikte zu haben.

Armut ist gewiss kein einziger oder hinreichender Grund für Kriege. So belegt beispielsweise Malawi von 173 Ländern den viertletzten Platz, was das Pro-Kopf-Einkommen betrifft. Malawi ist aber ein relativ friedliches Land. Und auch die von der Weltbank in 161 Ländern untersuchten 78 Bürgerkriege vermitteln keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Einkommensdisparitäten bzw. den vertikalen Ungleichheiten und Kriegen. Wenn Regionen und einzelne Bevölkerungsgruppen allerdings einen sozialen Abstieg oder eine plötzliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen erfahren, erhöht sich die Disposition zur Gewalteskalation. Solche (Leidens-)Erfahrungen lassen sich beispielsweise von charismatischen Führern (entlang ethno-religiöser Trennlinien) instrumentalisieren. Aber auch das ist kein zwangsläufiger Prozess. Weitere Faktoren wie die Schwäche des Staates spielen mit. Sie führen unter anderem dazu, dass so genannte Entwicklungsländer soziale Folgen der Globalisierung weniger gut auffangen können, als reiche, institutionell gefestigte und politisch relativ stabile Industrieländer. Laut UNDP (2005) sinkt mit wachsendem Wohlstand die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Bei einem Bruttosozialprodukt (BSP) unter 500 US-Dollar pro Kopf beträgt sie rund 15 %, bei einem BSP über 5.000 US-Dollar liegt sie unter 3 %. Die Korrelation scheint eindeutig zu sein. Insgesamt deuten aber widersprüchliche empirische Befunde darauf hin, dass sie vorsichtig zu deuten sind. Gleichwohl formuliere ich, stark verkürzt, ein paar weiter zu begründende Annahmen.

These 1:

Armut erhöht die soziale Brisanz und die Gefahr von gewalttätigen und kriegesischen Auseinandersetzungen. Sie hindert Menschen daran, sich für eigene und übergreifende Interessen einzusetzen.

Diese erste Annahme bezieht sich vorwiegend auf die bisherigen Ausführungen. Sollte sie nicht zutreffen, wäre das kein Grund, sich nicht trotzdem für die Bewältigung der Armut zu engagieren und soziale Folgen der Globalisierung anzugehen.

Soziale Folgen der Globalisierung

Weltweite Verflechtungen kennzeichnen die Globalisierung: wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, kulturell. Sie eröffnen ein sozialräumliches Gesellschaftsbild, das weder territorial noch national gebunden ist. Zivilgesellschaftliche Ansätze postulieren eine sozial verträgliche Globalität, die

Ausgrenzung und Isolation verhindert. Die Globalisierung ist ein altes Phänomen. Rund drei Viertel der Erdoberfläche wurden während den letzten fünfhundert Jahren europäisch kolonisiert. Neu sind der rasante Anstieg des Welthandels und der Finanzströme. Die Bedeutung der Wirtschaft nimmt zu, der Einfluss des politischen und gesellschaftlichen Korrektivs eher ab. Soziale Verbindlichkeiten und institutionelle Kontrollen weichen sich teilweise auf. Das führt zu Verunsicherungen, die autoritäre Kräfte stärken.

Der Welthandel und die Finanzströme sind zentrumsorientiert. Sie klammern weite Teile der Bevölkerung aus. Während die Preise für industriell gefertigte Güter tendenziell steigen, sinken – im Vergleich – jene für Rohstoffe und Primärgüter. Weil sich die Austauschbedingungen verschlechtern, erzielen viele „Entwicklungsländer“ mit mehr Exporten weniger Erlöse. Die verschärfte Standortkonkurrenz zwischen den reichen Zentren erhöht den Rationalisierungsdruck und – wegen der einseitigen Verteilung – die Erwerbslosigkeit. Das wirtschaftliche Wachstum belastet auch die Umwelt. Ein Fünftel der Menschen verbrauchen in Industrieländern vier Fünftel der Weltenergie. Der Treibhauseffekt und die Erwärmung der Erdoberfläche lassen den Meeresspiegel ansteigen. Sie zwingen Millionen von Menschen zur Migration. Theorien der Modernisierung plädieren für geballte Investitionen in Wachstumszentren und nehmen an, dass der implantierte Wohlstand dann allmählich ins „Hinterland“ sickert. Doch der erhoffte Effekt lässt auf sich warten. Drei Milliarden Menschen leben immer noch mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Mit der Verteilung hapert es. Auch bei der wirtschaftlichen Macht, die sich weiter konzentriert.

500 Unternehmen kontrollieren zwei Drittel des weltweiten Handels. Die Zentralisierung der Wirtschaft berührt politische Grundlagen wie das Territorialprinzip (feste Grenzen), das Souveränitätsprinzip (staatliches Gewaltmonopol) und das Legalitätsprinzip (verbindliches Vertragswesen). Die Aufweichung bestandener Prinzipien erhöht die Verunsicherung und den Ruf nach einer starken Hand, die für Ordnung sorgen soll. Rasche Veränderungen und komplexe gesellschaftliche Strukturen verlocken dazu, Halt in Vereinfachungen zu suchen. Mit der Globalisierung formieren sich somit neue fundamentalistische Strömungen, aber zum Glück auch zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich vernetzen und den sozialen Zusammenhalt intendieren. An diese hier nur stichwortartig skizzierte Analyse knüpfe ich folgende weiteren Thesen an:

These 2:

Der Welthandel und die Finanzströme sind zentrumsorientiert. Das relativiert die Globalisierung, die weite Bevölkerungsteile ausklammert.

These 3:

Der ungleiche Austausch beschert vielen „Entwicklungsregionen“ erhebliche Verluste und erhöht die soziale Ungleichheit. Die Konzentration der Wirtschaft refeudalisiert die Besitzverhältnisse.

These 4:

Der Globalismus gefährdet, im Unterschied zur Globalität, den sozialen Zusammenhalt. Er schwächt politische Verbindlichkeiten und stärkt autoritäre Strömungen.

These 5:

Die forcierte Integration in den Weltmarkt verschärft soziale Konflikte und den Ausschluss benachteiligter Regionen.

Die angesprochene Zunahme der sozialen Brisanz zeigt sich in Ansätzen auch in der reichen, privilegierten Schweiz. Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten in der Schweiz breite Bevölkerungskreise einen materiellen Aufschwung, der den „sozialen Kitt“ zu fördern schien. Seit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre steigen jedoch die Lebenshaltungskosten (für Nahrung, Mieten, Gesundheit) stärker als Teile der unteren Einkommen. Das System der sozialen Sicherheit, das zwar relativ gut ausgebaut ist, hält mit dem Wandel der Lebensformen (Zunahme von Alleinlebenden und Alleinerziehenden) nicht Schritt. Es geht von Voraussetzungen aus, die je länger desto weniger zutreffen. Wir haben weder Vollbeschäftigung mit kontinuierlichen Erwerbsbiographien, noch mehrheitlich traditionelle Familien, bei denen ein Einkommen für einen Haushalt ausreicht. Schon in einer früheren Studie über die „Armut im Kanton Basel-Stadt“ (Mäder et al. 1991) fiel uns ein starker innerer Rückzug sozial Benachteiligter auf. Viele der interviewten Armutsbetroffenen fühlten sich relativ stark für Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Wir erklärten uns diesen Rückzug durch den hohen gesellschaftlichen Individualisierungsgrad und die verbreitete Tabuisierung der Armut. Das Schweigen führt dazu, dass Betroffene nach außen den Anschein erwecken, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren. Heute weisen indes etliche Anzeichen darauf hin, dass sich resignative Haltungen und depressive Verstimmungen teilweise auch in Empörung verwandeln. Das mag mit Schlagzeilen über „abgehobene Managerlöhne“ und mit der persönlichen Wahrnehmung sozialer Ungleichheit

zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Diese kann sich unterschiedlich auswirken. Die Empörung kann die Bereitschaft fördern, sich mehr für eigene Interessen einzusetzen. Sie kann aber auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die mit ausgrenzenden Maßnahmen eine rigide „Ruhe und Ordnung“ anstreben.

Perspektiven

Das modernisierungstheoretische Credo plädiert für eine liberale Öffnung der Märkte und eine Integration der Entwicklungsregionen in den kapitalistischen Weltmarkt. Wenn Ungleiches aber gleich behandelt wird, bleibt es ungleich. Die ungleichen Terms of Trade verschärfen sogar die Polarisierung zwischen Arm und Reich. Daher tendieren einzelne Länder des Südens dazu, den Weltmarkt selektiv zu nutzen und über eine gemeinsame Lobby die Konditionen des Austauschs mehr mitbestimmen zu können. Den Öl produzierenden Ländern gelang das teilweise zu Beginn der 1970er Jahre. Damals entstand die Konzeption einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, die nicht mit der neuen, westlich dominierten Weltordnung zu wechseln ist. Andere Versuche alternativer Monopolbildung scheiterten aber, beispielsweise das mittelamerikanische Bananenkartell. Ein Grund lag wohl in den bereits bestehenden Monopolen multinationaler Konzerne, die, wie beim Kaffee und Kakao, den weltweiten Umsatz dominieren. Mehrere Entwicklungsregionen reagierten mit protektionistischen Maßnahmen und Versuchen, die Produktionsstruktur zu diversifizieren. Sie konzentrierten sich – im Sinne der Dissoziation und Self-Reliance – auf die Entwicklung der eigenen Produktivkräfte, um dann allenfalls später, mit vergleichbaren Ellen, den Weltmarkt wieder so zu nutzen, dass er – komplementär – zum Vorteil aller Beteiligten gereicht. Diese Strategie, die keine Autarkie anstrebte, führte da und dort dazu, die Grundbedürfnisse besser zu befriedigen. Das erwies sich als vielversprechend. Das Aufbrechen des West-Ost-Gegensatzes forcierte jedoch die Globalisierung. Investitionen flossen nun zunehmend in jene Regionen, die eine maximale Kapitalverwertung und Profitmaximierung gewährten. Andere Regionen wurden unfreiwillig ganz abgekoppelt. Unter diesen Bedingungen ist es schwierig, die Not in eine Tugend zu verkehren. Fahrlässig wäre es jedoch, deshalb auf ein kapitalistisches Integrationskonzept einzuschwenken, das breite Bevölkerungskreise ausschließt. Aus meiner Sicht gibt es perspektivisch keine Alternative dazu, die kollektive Eigenständigkeit zu fördern. Dazu meine nächsten Thesen.

These 6:

Modernisierungstheoretische Konzepte vernachlässigen die Armut und das Konfliktpotential, das sich aus einseitigen Abhängigkeiten ergibt.

These 7:

Die selektive Dissoziation verbessert die Disposition zum sozialen Ausgleich. Sie mindert einseitige Abhängigkeiten und damit auch die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen.

Konzepte einer sozialen Globalität plädieren im Gegensatz zum wirtschaftlichen Globalismus für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Sie schlagen vor, die Preise für Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter anzupassen. Nach Berechnungen der Vereinten Nationen (UN) genüge den „Entwicklungsländern“ die Hälfte des Mehrerlöses, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Stabile Abnahmequoten und Preise könnten helfen, die Produktion aufzufächern und die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu mindern. Diese Vorschläge gehen davon aus, dass die Zentralisierung der Wirtschaft ein politisches Korrektiv braucht. Typologien einer „Transnationalen Demokratie“ unterscheiden Ansätze einer zentral-demokratischen Weltordnung mit universalen Beschlüssen von einem liberal-demokratischen Pluralismus, der an bestehende staatliche Vereinbarungen anknüpfen will. Kommunitäre Ansätze zielen darauf ab, zivilgesellschaftliche Einrichtungen zu stärken. Der wirtschaftsfreundliche Soziologe Ralf Dahrendorf will keine Weltregierung, sondern eine bessere Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Er plädiert (1999, S. 87 f.) für eine „Bürgergesellschaft“, in der die Assoziationen der Menschen wichtiger sind als der Staat, der ein Grundeinkommen mit verbindlichem Minimal-Lohn garantieren müsse, was bekanntlich kontrovers diskutiert wird. Die einen befürchten einen demotivierenden Einfluss auf die Erwerbsarbeit, andere erhoffen sich eine Entlastung sozial Benachteiligter. Wenn es nicht gelingt, der ausgeprägten Wettbewerbsfähigkeit ein starkes Element des sozialen Zusammenhalts hinzuzufügen, befinden wir uns jedenfalls laut Dahrendorf auf dem Weg in ein autoritäres 21. Jahrhundert.

Der einseitig wirtschaftlich orientierte Globalismus stärkt borniert nationalistische und provinzialistische Kräfte. Anders die Globalität. Sie strebt, wie einst skandiert („Hoch die internationale Solidarität!“), den sozialen, kulturellen und politischen Ausgleich an, der auch übergreifend regionale Zusammenschlüsse unterstützt. Verbindliche Vereinbarungen im Sinne einer Anpassung der Preise für Primärgüter und Rohstoffe an jene für industriell gefertigte Güter könnten meines Erachtens wesentlich dazu beitragen. Ulrich Menzel (1992) befürchtet zwar, dass solche Maßnahmen

dazu führen könnten, die Eliten in südlichen Ländern zu bereichern. Aber aus meiner Sicht ist das eine Ausrede, um keine gerechteren Preise für den Kaffee zu bezahlen. Ich halte dafür, den dependenztheoretischen Ansatz gegenüber dem voreiligen Abschreiben aller großen Theorien zu verteidigen. Er zielt zu Recht darauf ab, einseitige Abhängigkeiten zu mindern. Ohne internationale Vereinbarungen im Sinne der Menschenrechte, die auch das Recht auf Existenzsicherung beinhalten, besteht die Gefahr, dass soziale Not und Spannungen zunehmen. Daran knüpfe ich, zum Schluss überleitend, meine letzte These an.

These 8:

Das analysierte Scheitern der großen Erzählungen relativiert und differenziert zwar zu grobe Entwürfe; es verabschiedet aber voreilig kritische Theorie zugunsten einer Beliebigkeit und einer Offenheit, die zu viel offen lässt.

Diskurse

In der Friedensforschung gilt es, über institutionelle Analysen hinaus die Prozesse der Machtkonzentration mehr zu beleuchten. Ältere Ansätze der Konfliktforschung, wie sie etwa Johan Galtung (1975) oder Dieter Senghaas (1977) vertreten, betonen strukturelle Ursachen der Konflikte. Neuere Ansätze konzentrieren sich mehr darauf, Konfliktstrukturen zu dekonstruieren. Sabine Fischer und Astrid Sahm (2005) beschreiben Veränderungen der normativen Grundlagen der Konfliktforschung. Nach ihrer Analyse tritt die Existenz normativer Grundlagen in der jüngeren, systemtheoretisch orientierten Generation weniger hervor als in der älteren Generation der Kritischen Friedensforschung. Während die ältere Generation vor allem für eine inhaltliche Ausgestaltung des Friedens eintritt, richtet die jüngere Generation ihre Aufmerksamkeit „von diesem utopischen Ziel weg“ auf pragmatische Aspekte der Konflikte. Sie entfernt sich dabei von einem Friedensbegriff im Sinne der Abwesenheit von (struktureller) Gewalt und, wie zunehmend moniert, einer „normativ aufgeladenen Verteilungsgerechtigkeit“. Zur Begründung dient ein radikal konstruktivistischer Ansatz, der den Relativismus stark betont. Während die Kritische Friedensforschung konkrete Wege der Veränderung aufzeigen will, zielt der radikal konstruktivistische Ansatz darauf ab, Akteure zu befähigen, sich aufgrund der Einsicht in die Bedingtheit der eigenen und fremden Wahrnehmungssysteme von festgefahrenen Positionen zu lösen und kompromissfähig zu werden.

Die Kritik der Kritischen Konfliktforschung versucht, die „normativ aufgeladenen“ Begriffe zu dekonstruieren und „von emanzipatorischen In-

halten zu befreien*. Sie interessiert sich mehr für die Dynamik der Konflikte, denn für die Ursachenforschung. Wichtige Strömungen der neuen Konfliktforschung wollen politisch abstinenter sein und sich Werten möglichst enthalten. Sie fokussieren die personale und situative Konfliktodynamik. Damit gerät auch das soziale Engagement aus dem Blick, das laut Pierre Bourdieu kein Widerspruch zum wissenschaftlichen Arbeiten und zur „reflexartigen Reflexivität“ zu sein braucht. Das Besondere eines Standpunktes besteht darin, ein Standpunkt in Bezug auf einen anderen Standpunkt zu sein. Er erlaubt den Forschenden, den eigenen sozialen und intellektuellen Standpunkt im Forschungsfeld kritisch zu überprüfen. Ein sozial-reflexiver Konstruktivismus berücksichtigt diese Prägung, ohne sich damit radikal-konstruktivistisch von der Praxis zu verabschieden.

Auch in der Sozialstrukturforschung verlagert sich der Blick von der vertikal geschichteten zur horizontal gegliederten Ebene (Geissler 2002, S. 537). Die Klassenmodelle des 19. Jahrhunderts unterschieden die Lohnarbeitenden vom Bürgertum nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Analysen sozialer Schichten und Klassen differenzierten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Menschen nach weiteren Merkmalen wie Beruf, Qualifikationen, Einkommen und Besitz. Der Blick galt nach wie vor primär vertikalen Ungleichheiten. Das änderte sich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Theorien sozialer Lagen beziehen das subjektive Wohl (Lebenszufriedenheit) stärker ein. Horizontale Ungleichheiten stehen auch bei Modellen sozialer Milieus im Vordergrund. Sie betonen die Lebensauffassung, den Lebensstil und die Wertorientierung. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen auf wichtige Differenzierungen hin, vernachlässigen aber gesellschaftliche Gegensätze. Sie suggerieren eine Entwicklung, die von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus führe. Laut Gerhard Schulze (2000) hat die Suche nach Glück die Sorge um das Materielle abgelöst. Das erlebnisorientierte Denken ersetze das produkteorientierte. Der Alltag verkommt so zur Lebensbühne und Verlängerung der Innenwelt. Symbolwelten scheinen frei wählbar zu sein. Aber die sozialen Gegensätze und Klassen sind nicht passé. Dass der (post-)moderne Diskurs sie wenig thematisiert, spricht nicht dagegen. Die sozialen Gegensätze verschärfen auch die soziale Brisanz. Sie disponieren zu gewalttätigen Konflikten, wobei Krieg zu Armut führen kann und Armut zu Krieg. Dieser Befund ist wichtig. Ebenso die Verteilungsgerechtigkeit. Normativ! Auch ohne empirischen Nachweis.

Literatur

Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft, Frankfurt/Main.

- Bourdieu, Pierre (1993), Comprendre, in: *La Misère du monde*, Seuil, Paris, S. 903-939.
- Brundtland, Gro Harlem (1987), *Unsere gemeinsame Zukunft*, Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Verlag Eggenkamp.
- Dahrendorf, Ralf (1999), in: Armin Pongs, *In welcher Gesellschaft leben wir?* München, S. 87-105.
- Fischer Sabine / Sahm, Astrid (2005), Friedensforschung und Normativität: Positionen der jüngeren Generationen, in: Jahn, Egbert et al. (Hrsg.), *Die Zukunft des Friedens*, Wiesbaden, S. 49-73.
- Galtung, Johan (1975), *Strukturelle Gewalt*, Reinbek bei Hamburg.
- Geissler, Rainer (2002), Facetten der modernen Sozialstruktur, in: Jäggi, Victoria / Mäder, Ueli / Windisch, Katja (Hrsg.) (2002), *Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel*, Social Strategies, Vol. 35, Bern, S. 537-553.
- Gronemeyer, Marianne (1976), *Motivation und politisches Handeln*, Hamburg.
- Imbusch, Peter / Mäder, Ueli / Nollert, Michael (2008), *Neue Kriege*, Sonderausgabe der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie, Heft 2, Zürich.
- Mäder, Ueli (1999), *Für eine solidarische Gesellschaft*, Zürich.
- Mäder, Ueli / Biedermann, Franziska / Fischer, Barbara / Schmassmann, Hector (1991), *Armut im Kanton Basel-Stadt*, Social Strategies, Basel.
- Maeder, Christoph / Mäder, Ueli / Schilliger Sarah (2008), *Krieg*, Zürich.
- Pfrunder, Manela (2002), *Neotopia*, Zürich.
- Menzel, Ulrich (1992), *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der grossen Theorie*, Frankfurt/Main.
- Schulze, Gerhard (2000), *Die Erlebnisgesellschaft*, Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/New York.
- Senghaas, Dieter (1977), *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt/Main.
- United Nations Conference on Environment and Development, UNCED, 1992, vgl. <http://www.un.org/geninfo/bp/enviro.htm>, (Rio-Bericht).
- Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), *Perspektiven 2015, Armutsbekämpfung und Krisenintervention*, Bonn 2003.